

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 208.

Breslau, Dienstag, den 6. September 1910.

21. Jahrgang.

Wilhelm II. gegen die Sozialdemokratie.

„Nicht in den Streit der Parteien“ wollte Wilhelm II. nach der Versicherung seiner Verteidiger hinabgestiegen sein, so las man's wenigstens nach der Königsberger Rede. Auf Königsberg folgte aber Marienburg, wo der Kaiser zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie aufrief, allerdings einwilligen ohne ihren Namen auszusprechen. Dafür aber ließ er den Arbeitern der Danziger Waggonfabrik, deren Direktor ihm erzählt hatte, es sei kein Sozialdemokrat dort beschäftigt, seinen königlichen Dank aussprechen und gab der Erwartung Ausdruck, daß diese Aussage Sinnung fort und fort gepflegt werde.

Im II. hält es also noch immer für seine Aufgabe, unter den Arbeitern gegen die Sozialdemokratie zu agitieren. Die Erfahrungen, die er im Laufe seiner 22-jährigen Regierungszeit gemacht hat, schrecken ihn nicht. Mit dem „Reichsmeister“ hat er einst gebroht, die „Mörgler“ hat er aufgefordert, „den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln“, „Buchhausstrafe“ sollte jeden treffen, der einen Streikbrecher an der Arbeit hindert, „oder gar zu einem Streik anreizt“. „Den Umsturzgelüsten“ wollte er „kräftig entgegenzutreten“, auf „die Tiere“ versprach er zu gehen, „die die Wurzeln der deutschen Reichs-eiche benagen, um sie auszurotten“, „Christlose“ sollten die Hamburger Werftarbeiter sein und das Vaterland sollten sie im Augenblick der Gefahr im Stich gelassen haben, die Soldaten müßten sich bereit halten, nötigenfalls auf Vater und Mutter zu schießen, den Alexandriner wurde der spezielle Auftrag erteilt, „mit den Spinnen rurer Bajonette die Frechen und Unbotmäßigen zu Baaren zu treiben.“ Besonders groß war die Erregung des Kaisers über die Affäre Krupp, die jetzt als Vorläuferin des hoffischen Päderastienfanbals in noch ganz anderem Lichte erscheint, als zur damaligen Zeit. Die „Vorwärts“-Redakteure sollten nach den Meinungen Wilhelm II. Krupp in den Tod getrieben haben, indem sie nach der italienischen Presse von den Schwierigkeiten berichteten, die Krupp wegen seines päderastischen Treibens mit den italienischen Behörden gehabt haben sollte. Damals hielt Wilhelm II. an die Arbeiter von Krupp in Essen eine Rede, in der er die sozialdemokratischen Redakteure ganz einfach als Mörder bezeichnete, und erklärte, die Arbeiter machten sich an der „verübten Schandtat“ moralisch mitschuldig, wenn sie nicht das Dschuch zwischen sich und „diesen Teufeln“ zerschneiden. Ein paar Tage später, am 5. Dezember 1902, empfing er eine Arbeiterdeputation in Breslau, der er sagte:

Ihr müßt freudig an Eure Brust schlagen und Eure Arbeit und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Volkshaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weiter geführt, durch die

für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung

geschaffen worden bis ins Alter hinein unter Auf-erlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem die Gesetzgebung bereits im hohen Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist. Auf Grund dieser von Euren Königen Euch angewendeten großen Fürsorge bin ich berechtigt, auch ein Wort aufläuternder Mahnung an Euch zu richten.

Jahrelang laßt Ihr und Eure deutschen Brüder Euch durch die Agitatoren der Sozialisten in dem Wahn erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehört, der Euch zu ihr bekennt, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung Eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge und ein schwerer Irrtum.

Statt Euch objektiv zu verhalten, haben diese Agitatoren Euch aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und was wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Anstrengung seiner Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben, und die sich schließlich am Hehrsten vergriffen, was wir hindern können, an der deutschen Wanne zu schmelzen. Mit solchen Menschen könnt Ihr und dürft Ihr als erhellende Männer nichts mehr zu tun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen.

Sendet und Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen und fröhlich werden wir ihn willkommen heißen, als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokrat.

Von späteren Aussprüchen des Monarchen hat das Wort, mit dem er sich gegen weitere sozialpolitische Bestrebungen der Arbeiter wendete, besonderen Anklang gefunden. Es lautet nämlich „Die Kompottschüssel ist voll“. Dieses Wort wurde, was für den Geschichtsschreiber nicht ohne Interesse ist, noch vor der Erhöhung der kaiserlichen Pensionsliste von 15 1/2 Millionen auf 19 1/2 Millionen Markt gesprochen.

Während Wilhelm II. selbst und redete, wuchs die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie wuchs mit „hatte er zu Anfang seiner Regierungszeit zu seinen Räten geküßert. Damals waren bei den letzten Reichstags-

wählten 763.100 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden. In den ersten zwei Jahren jungwilhelminischen Regiments verdoppelte sich diese Stimmenzahl ungefähr, sie betrug im Jahre 1890 nicht weniger als 1.427.300. Im Jahre 1903 nach den großen Erzfessen und Breslauer Meben stieg sie auf 3 Millionen, und im Jahre 1907 auf 3 1/4 Millionen.

Nach solchen Erfahrungen darf die deutsche Sozialdemokratie weiteren Kundgebungen des „Instruments des Herrn“ mit einer gewissen Ruhe entgegensehen, zumal ihn allein schon die Tatsache, daß sie als einzige Partei gegen die Erhöhung der Pensionsliste gestimmt hat, so viel Freunde auf der einen Seite gebracht hat, daß sie ein bißchen Gegnerschaft auf der anderen Seite leicht ertragen kann.

Politische Uebersicht.

Die Dreadnoughts als Eisen?

Unter dieser Ueberschrift gehen dem „Vorwärts“ von unterrichteter Seite Mitteilungen zu, die nicht verfehlen werden, einiges Aufsehen zu erregen. So wird behauptet, daß die Erfindung der Dreadnoughts gekommen seien, daß eine weitere Vergrößerung der Schiffskörper nicht angänzlich sei, denn ein solcher Kreuzer präsentiere einen Wert, dessen Höhe eine rücksichtslose Einsetzung des Fahrzeugs in der Seemacht verbietet. Die deutsche Marineverwaltung strebe danach, eine Schiffskörper zu finden, die den Vorzug scharfer Kampfkraft mit geringeren Baukosten verbindet und trotzdem geeignet ist, die Meereschiffe wirksam zu bekämpfen.

Wohl habe man bisher das Gegenteil versichert, es sei aber eine Tatsache, daß sowohl in England, wie auch in Deutschland seit einiger Zeit mit fieberhaftem Eifer an der Konstruktion eines kleinen Panzerschiffes gearbeitet wird, das als Zerstörer den großen Kreuzern gegenüberzutreten soll. Der Plan dieser Zerstörer zeige folgende Abmessungen: Bei einer Länge von 38 Metern und 14 Meter Breite hat das Schiff einen Tiefgang von 6,5 Meter und ragt nur anderthalb Meter über dem Wasserpiegel empor. Die Panzerung ist auch auf dem Deck beschränkt, das ein Durchschlag der Stahlschiffe ausgedehnt erscheint. Das Schiff hat nur einen Geschützturm, der in der Mitte platziert ist und zwei Mesengeschütze von großer Feuergewindigkeit trägt. Diese Geschütze haben ein Kaliber von 43 Zentimetern und vermögen ein Geschloß von 2700 Kilogramm zu schleudern, und zwar mit einer betart schnellen Folge der einzelnen Schüsse, daß sie alles bis heute Geleistete in Schatten stellen. Die Geschütze haben Wasserkühlung und ein auswechselbares Seelenrohr. Der Geschützturm ist vollständig drehbar, wird durch Druckwasser bewegt und ist durch walzenartige Unterlagen leicht und schnell beweglich.

Der Geschützturm dreht sich gleichsam um eine vertikale Mittelschne, welche zu einem schwer gepanzerten Mast von geringer Höhe ausgebildet ist; von hier aus erfolgt auch die Lenkung des Schiffes.

Diese Bauart ermöglicht sich nur durch das Fehlen der Dampfmaschinen und Kesselanlagen. Als treibende Kraft dienen vier Explosionsmotore von je acht Zylinder und 6000 Pferdestärken. Jede Maschine hat besondere Ölbehälter und ist eine Energieeinheit für sich, ohne von einer anderen Anlage irgendetwas abhängig zu sein, jede wirkt auch auf eine besondere Schraube. Trotz solcher gewaltiger Abmessungen hinsichtlich der Verwendung von Explosionsmotoren ist sie dennoch Tatsache, die Dementis bezwecken lediglich die gegenseitige Veruhigung.

Die Geschwindigkeit kann rechnerisch bis zu 27 Seemeilen festgestellt werden. Als normale, also dauernde Schnelligkeit sind 19 Seemeilen vorgelesen.

Die ganze Bauart dieser gleichsam wieder auflebten Monitore ist so, daß sie zu rücksichtslosem Angriff auf große Schiffe geeignet sind und auch einen derben Kammstoß nicht zu scheuen brauchen.

Ueber die innere Einrichtung ist noch zu sagen, daß die Maschinenräume einem fortwährenden Luftzuge, der durch elektrisch betriebene Ventilatoren erzeugt wird, ausgesetzt sind, alle freigeordneten Gase werden hierdurch sofort abgeleitet. Bei langer Fahrt in bewegter See kann vor dem Turm ein starker Wellenbrecher gesetzt werden, der sich bei der niedrigen Bauart des Schiffes als sehr nützlich erweisen wird.

Dieser Schiffstyp, so schließt der „Vorwärts“-Mitarbeiter, an welchem fieberhaft gearbeitet wird, dürfte eine gewaltige Umwälzung hervorgerufen, weil kaum eines der egypten Panzerschiffe dem sinken und energischen Angreifer widerstehen könnte.

Und all die Milliarden, die man bisher für die Kolosse ausgegeben, sind buchstäblich ins Wasser geworfen. Steuerzahler, merkt euch!

Wilhelm II. für den Bund der Landwirte.

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte hat die bekannte Kaiserrede nun glücklich soweit interpretiert, daß daraus eigentlich eine Agitationsrede für den Bund der Landwirte geworden ist. Der Kaiser sagte in Marienburg:

Es sollen die Einkünfte und die Vermögensverhältnisse der Hände in einander zu vergleichen zu vergleichen sein, zur Erhaltung der staatlichen Notwendigkeiten. Der Landwirt ist die Basis der Nation und ein Helfer in die Hand der Industrie.

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte debütiert nun so: In den staatlichen Notwendigkeiten gehört die finanzielle Sicherstellung des Reiches. Dies ist durch die Reichsfinanzreform erreicht worden. Diese im staatlichen Interesse notwendig gewordenen Opfer sollen gemeinsam gebracht, die Lasten sollen gemeinsam getragen werden. — Das ist des Kaisers Wunsch, womit er zugleich die müßte Steuererhöhung verurteilt, die von liberaler und demokratischer Seite zu Parteizwecken getrieben wird. In den Kreisen der deutschen Landwirte wird der Sammelruf des Kaisers um so leichter Anklang finden, als der Bund der Landwirte diejenige Organisation ist, die seit ihrem Bestehen für ein Zusammengehen von Landwirtschaft, Handel und Industrie eingetreten ist. Dem Bund der Landwirte ist es außerdem zu danken, daß die Schutzpolitik wieder auflebte und dadurch den Schutz der nationalen Arbeit gewährleistet hat.

Und nun wird versucht, die Kaiserrede als gegen den Hansabund gerichtet auszufrachten. Das agrarische Blatt weist darauf hin, daß der allgemeinen Geschlossenheit nur der Hansabund im Wege stehe, der das gemeinsame Band des Schutzes der nationalen Arbeit sprengt und statt des Schutzes den Freihandel einführen wolle. Auf diese Weise müsse der Hansabund ein Stück Weges mit der Sozialdemokratie gehen. Betrefflich der Hansabund sei der Störenfried bei der vom Kaiser geforderten nationalen Sammlungspolitik der bürgerlichen Berufsvereinigungen.

Zentrumsdenunzianten. Aus einer konservativen Wahlversammlung in Frankfurt-Debus läßt sich das Zentraler Zentrumblatt „Die Germania“ schreiben:

In die Debatte tritt der (nationalistische) Gymnasialprofessor Dr. Kühn ein. Er beleuchtet in obiger Weise das Zusammengehen der Konservativen mit dem Zentrum im vorigen Jahre bei Gelegenheit des Zustandekommens der Finanzreform und schloß seine Ausführungen nach mehreren bestigen Anstößen gegen das Zentrum mit den Worten (zu Herrn Dunkel gewandt): „Dieser müße sich darüber äußern, wie er sich zu der schwarzen Gefahr stellen würde, die viel größer ist als die internationale rote Gefahr.“ Herr Dunkel antwortete in kurzer sachlicher Art und Weise. Mit welchem Vergnügen sollen katholische Eltern, die sich zur Partei der Schwärzen rechnen, ihre Kinder dem Herrn Professor zur Verfügung zu stellen? Der Herr Professor meint Herr Kühn doch nicht als schändlichen Dargestellten der Sozialdemokratie. Herr Kühn empfiehlt indirekt den Nationalliberalen lieber mit den Sozialdemokraten bei der Wahl zusammenzugehen, als mit den Konservativen, die mit der gefährlichen katholischen Partei koalieren.

Also wer die politischen Taten der Spahn, Erberger und Konsorten gebührend an den Pranger stellt, der beleidigt die heilige katholische Kirche, der palstert mit den Sozialdemokraten und muß raus. Die denunziatorische Absicht ist so klar, daß höchstens ein Zentrumsmann die Stirn haben könnte, sie zu leugnen.

Lieber zu faulen als nachzudenken, empfiehlt Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“ den Herren Studenten:

Man mag vielfach über die Ausschreitungen gewisser Teile des Studententums in Bezug auf Trunk und Waffenpiel. Gewiß sind solche Ausschreitungen, so wie man sie so beschreiben darf, vom Uebel, aber sie sind, wenn sie in gewissen Grenzen bleiben, ein kleineres Uebel, als das trübende und ausweitere Ländeln mit der Politik.

So hat auch das unverfälschteste Borussentum seinen Theoretiker gefunden. „Kauft und besauft euch“, predigt Dertel, „bloß politisiert nicht.“ Man muß erst die roten Wäuse gesehen haben, ehe man reif für die konservativen Weltanschauung wird.

Die Wahlpolitik des Hansabundes.

Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wird, offenbar aus dem Munde des Hansabundes, eine längere Mitteilung über die Stellung des Hansabundes bei den nächsten Reichstagswahlen gemacht. Eigene Kandidaten werde der Hansabund auf keinen Fall aufstellen, dagegen werde der Bund in eine lebhaft Agitation für alle jene von bürgerlichen Parteien in Aussicht genommenen Abgeordneten eintreten, die ihrem politischen Glaubensbekenntnis nach auf dem Boden der allgemeinen Richtlinien des Hansabundes stehen. Dabei könnten sowohl Kandidaten der äußersten Rechten, wie der liberalen Parteien in Betracht kommen. Dem Hansabund liegt nur daran, in ordentlichem Maße als treuer Interessent aus Gerechtigkeit, Handel und Industrie in den Reichstag zu bringen. In dieser Weise wird der Hansabund wahrscheinlich in allen Wahlkreisen in den bevorstehenden Wahlen einwirken. Eine Parole gegen den Bund der Landwirte werde der Hansabund nicht ausgeben, weil schon seine Zusammenkunft ein derartiges einseitiges Vorgehen verbiete. Da es sei es ganz selbstverständlich, daß der Hansabund niemals einen sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützen oder eine Annahme der sozialdemokratischen Stimmen übernehme. Der Hansabund habe auch bereits begonnen mit einzelnen Parteien über die Aufstellung bestimmter Kandidaten zu verhandeln.

Vor wenigen Tagen hat die bürgerliche Presse mitgeteilt, daß der Kaiser auf einem Spaziergang im Tiergarten den Präsidenten des Hansabundes, Geheimrat Rießer, angeregt und sich längere Zeit mit ihm unterhalten habe. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die oben skizzierte Kundgebung den Niederschlag der gesprochenen Unterhaltung darstelle. Jedenfalls haben wir uns um Hansabund nicht zu kümmern, denn von allem Anfang an waren wir davon überzeugt, daß er den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen werde und es höchstens abzuwarten, welcher Art der Kampf es man sich bedient.

Der Reichstagswahlkampf im Reichstag ist nach dem ursprünglichen Vorschlage der Reichsregierung ist nach dem Mittelweg in der Reichstagswahl des Mittelweges. Die Reichstagswahl ist ein Kampf um die Macht. Die Reichstagswahl ist ein Kampf um die Macht. Die Reichstagswahl ist ein Kampf um die Macht.

Die Ausnahme-Preise setze ich bis Donnerstag (Schlusstag) fort.

Restbestände aus letzter Sommer- und Winter-Saison, teilweise bis zur Hälfte der früheren Preise herabgesetzt!

Herren- und Damen-Stiefel
in vielen Ausführungen, zum schnüren, knöpfen, Gummisug, auch farb., soweit Vorrat, früh, teilweise bis 15 Mk.
jetziger Räumungspreis **2,70 3,80 bis 9,75**

Herren- und Damen-Halbschuhe
darunter Lack, Chovreaux, farbig, viele Wiener Modelle, elegante Einzelpaare, Restpaare, zum schnüren oder Spangen, früher teilweise bis 12,50 Mk.,
jetziger Räumungspreis **3,40 4,90 bis 7,50**

Knaben- und Mädchen-Schulstiefel
in breiten Naturformen, in den bekannt guten Qualitäten
Größe 25-27 28-30 31-35 36-40
3,50 3,80 4,40 5,90

Herz, Schuhwarenhaus

Blücherplatz 4. 4879

Schauspielhaus
Montag, Dienstag 8 Uhr:
„Der grosse Name“
Mittwoch 8 Uhr:
Premiere:
„Goldfische“.

Tuberkulose-Museum.
Bismarckstr. 14.
Dienstag: 11-2 und 3-7 1/2 Uhr freier Eintritt.
Mittwoch: 7 1/2-9 Uhr 10 Pf. Eintritt.
Abende 8 1/2 Uhr: Führung mit Gefühlsregung des Herrn Dr. med. Reche.

Liebig's Etablissement
Sylvester Schöffler Jr.
Walter Steiner
Lilly Walter-Schreiber
etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zahnarzt Dr. Jonas
Gartenstrasse 89.
Die dem Hülfsdentisten Herrn Reinhold Korfes zugesagte Beileidigung nehme ich zurück.
Breslau, den 22. August 1910. [4376]

Viktoria-Theater
Das grosse Eröffnungs-Programm.
12 Attraktionen. 12
Anfang 7 1/2 Uhr.
Brettle wie gewöhnlich.
Sonn-Abendtag gültig.

Zurückgekehrt
Die der Frau Emilie Widner, Schönstraße 9 p., zugesagte Beileidigung nehme ich zurück und teile die besten Wünsche für die künftige Gesundheit mit.
Breslau, den 22. August 1910. [4376]

Zeltgarten
Dir.: H. Krolnik.
Neues Programm
Entree im Garten:
10 Pfg.
Im Saal höheres Entree.

Gelegenheits-Käufe
in gut gearbeiteten neuen und gebrauchten
Möbeln
Gartenstr. 89, part. u. 1. Stg.
Lampen, Papierabfälle, Knochen sowie altes Eisen und Metalle werden gekauft
Chauer Chauffee 85. [4245]

Palmengarten.
Dir.: R. Krolnik.
Neu Original-Palmengarten.
Seine Spezialvorstellung ist eröffnet.
2 Kapellen.
Entree frei.

„Nordsee“
4878
Montag früh eintreffend:
pro Pfund
Goldbarsch 18
Bretschellfisch 25
Bretschollen 25
Seelachs im Schnitt 20
Cabllau im Schnitt 22
Schellfisch im Schnitt 35
Angelschellfisch 45
Rotzungen 60

Circus
Carle-Carly.
Heute Montag, abends 8 1/2 Uhr:
Gross Gala-Elite-Vorstellung mit neuem abwechslungsreichem Programm.
Billige Eintrittspreise: [4382]
Morgen, sowie tags abends 8 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellungen.
Anfang 7 1/2 Uhr. [4144]
G. Friedländer, Gommestraße 10.
Bei Bestellung von Zigarren empfiehlt alle Sorten [4248]

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfg.
Die Broschüre ist sachkundig aus Grund der Motive und der Gesetze bearbeitet und ist ein wertvoller Helfer durch das Mietsrecht.
Verlag: Volkswacht.

Rehtabake,
Zigarren eigenen Fabrikats
und Zigaretten,
für Kinder billige Preise
Johannes Kubis
Gneisenaustr. 17
Eisenbahnstr. 17
Ernst Zehn
Mittwoch 5. III.

Proletarierkrankheit und frange Proletarier.
Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Maurer
sofort gesucht
im Arbeitsnachweis des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau, Margaretenstraße 17.
Telefon 378. [4381]

Ruba-Seife
Überall erhältlich. Fabrikant Adolph Balhorn, Breslau.

Fragen Sie nicht
weil wir derzeit billig verkaufen und beden Sie schenken
Ihren Bedarf. Für die Qualität der Waren leisten Garantie.
1 Anfaschbese . . . 28, 32 Pf. 1 feiner Staubkamm 10, 20 Pf.
1 Koffhaarbese . . . 90, 140 . . . 1 Friseurkamm . . . 20, 35 . . .
1 dto. Handseger 45, 70 . . . 1 Zahnbürste . . . 20, 35 . . .
1 Wäschbürste . . . 35, 80 . . . 1 Kleiderbürste . . . 18, 38 . . .
1 Wäschpinsel . . . 28, 38 . . . 1 Glasbürste . . . 20, 45 . . .
1 Teppichseger . . . 32, 50 . . . 1 Korbürste . . . 35, 45 . . .
1 Fensterbürste . . . 15, 28 . . . 1 Korbürste . . . 25, 40 . . .
1 Kofettbürste . . . 20, 35 . . . 1 Schrubber . . . 18, 28 . . .
1 Teppichklopper . . . 35, 45 . . . 1 Schrubber . . . 10, 15 . . .
1 Straussenfeder-Wedel 60 . . . 3 Wollwischer . . . 40 . . .

Schneertücher-Reste gesäumt
3 Stück zusammen 25, 40, 45 Pf. 4872
Sohnerrasse - Stahlbüchse - Fuchsmatten - Wascheinen
Klammern - Schwämme - Seifen - Spiegel zc. billigst.
London & Co., Oberstraße 5,
2. Viertel vom Ring.

Zigarren
berühmte Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack
100 Stück 2.50 Mk. bis 10,00 Mk.
empfiehlt gegen Nachahmer
Zigarren-Fabrik E. Lampke,
Fabrik, Land und Hauptstraße: Breslau, Hofplatz 11, am Oberdönhofspl.
Filialen: Matthiassstraße 10, Ecke Schreyagie, Nummer 35,
Friedrich-Wilhelmstraße 15, Alsterstraße 77.

Illustrierter Neue Welt-Kalender für 1911
35. Jahrgang.
Inhalts-Verzeichnis:
Kalendarium. - Festliches. - Wanderswerte Adressen. -
Estatistisches. - Märchen (mit Illustrationen). - Reisen und Märkte.
- Im Kreislauf des Jahres. - Die Niedergelassenen - reiten! Von
Heinrich Schöbel. - Schöne Werte. - Die Jubiläums-Feste. Eine
lustige Geschichte von A. Ger (mit Illustrationen). - Landarbeiter-
Denkmal. - Wissen im Gefängnis. Gedicht von Richard Wagner.
- Eine neue Waffe. Von Simon Kayserlein (mit Illustrationen). -
Schwaben. Gedicht von Alfred Reppert. - Ein Raub. Erzählung von Clara
Heilig (mit Illustrationen). - Geschichtliche Ereignisse. - Auf patrioti-
schem Boden in Westpreußen. Von Dr. A. Komacki (mit
Illustrationen). - Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten
(Statistisches). - Revolution in der Persepolis. Von Felix Linke
(mit Illustrationen). - Nacht im Hafen. Gedicht von Schöler von
Dresden. - Sport und Arbeiter. Von Dr. F. Sühbacht (mit Illustr.).
- Drei Klempner (mit Illustrationen). - Unfreie Zeiten (mit Porträts).
- Barcelona. Eine Episode (30. Juli 1909). Gedicht von Ludwig Reffen.
- Fliegende Blätter. Der Untergang. Humoreske von Paul Eberling
(mit Illustrationen). - Für unsere Kämpfer. - Aufbruch vier Hölzer:
Sonnentagsfeier. - Kein Feuer. keine Kugel kann brennen so leicht,
als heimliche Liebe, von der niemand nichts weiß. - Jugend und Alter.
- Baumstamm. - Ein Preisbanddruck auf Kunstpapier. Stein-
Kopier. - Ein Dankeswort.
Preis 40 Pfg.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nebst
10 Pf. in deutschen Briefmarken für Porto.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

„Zum Lessing“, Adalbertstr. 10.
Saal mit Theaterbühne für Vereine, Festlichkeiten, Hochzeiten gratis. 3902
August Heyne
Rohtabakhandlung
Breslau, Karls-Straße Nr. 27. 4256
Wir empfehlen

Was will die Zeit?
Leitsätze des Sozialismus.
Ein von **Eduard Bernstein** herausgegebenes
Brevier aus den Schriften der Begründer und Erbkämpfer
des sozialen Gedankens und der modernen Gesell-
schaftslehre, wie:
**Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle,
Rodbertus, Proudhon, Robert Owen u. a.**
Gute Remittenden-Exempl., bisheriger Preis 1.80 für nur 50 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

„In freien Stunden“
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfenninge.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Wichtige Agitations-Literatur.
Ziele und Wege, Gegenüberstellungen der sozial-
demokratischen Gegenwartsforderungen . . . 20
Kämpfer, Religion ist Privatfache . . . 20
Erdmann, Der Schwindel der Merkanten
Arbeiterpolitik . . . 35
Diehgen, Sozialdemokratische Philosophie . . . 30
Kautsky, Die Sozialdemokratie und die kath.
Kirche . . . 30
Kühle, Die Volksschule, wie sie ist . . . 30
Kühle, Die Volksschule, wie sie sein soll . . . 30
Brade, Nieder mit den Sozialdemokraten . . . 10
Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre
Organisation . . . 25
August Müller, Gewerkschaften und Unter-
nehmerverbände . . . 30
Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokraten
im Lichte der Kulturverwirklichung, ein Führer
durch die sozialistische Literatur . . . 50
Unser Kaiser und sein Volk, von einem
Schwarzleher . . . 1.50
Das persönliche Regiment, v. Wilhelm
Schröder . . . 1.-
Das wahre Christentum als Feind von
Kunst und Wissenschaft . . . 1.15
Waren die Christen wirklich Sozial-
listen? . . . 1.15
Was haben die Armen dem Christen-
tum zu verdanken? . . . 20
War Jesus Gott, Mensch oder Ueber-
mensch? . . . 1.15
Donai, Wider Gottes- und Bibelglauben . . . 30
Diehgen, Die Religion der Sozialdemokratie . . . 25
Parvus, Die Arbeiterchaft und die Reichs-
tagswahlen . . . 30
Ein katholischer Pfarrer als Sozial-
demokrat . . . 10
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“
Ecke Gneisenaustr. 17.

Breslauer Justiz!

20 Polizisten gegen 50 Zivilzungen: 6 Monate Gefängnis.

Nach der Rede des Staatsanwalts, der für jeden Artikel 6 Monate, zusammen 8 Monate Gefängnis beantragte, erhob sich der

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Liebknecht:

Die Vorgänge, so führte er unter anderem aus, sind von der Polizei hervorgerufen. Unter dem Eindruck, daß die Zentralkommission in Berlin vor der öffentlichen Meinung kapituliert hatte, ging die Demonstration vor sich; in ganz Preußen herrschte eine gewaltige Aufregung. Aus dieser Stimmung heraus, die die denkbar edelste ist, die ein Staatsbürger haben kann, ist die Demonstration entstanden. Sie hatte den Zweck, einen großen Preßschaden unseres preussischen Staatslebens zu heilen. Das kann vom Gericht nicht als Staatsgefährlich betrachtet werden, nachdem auch von höchster Stelle aus die Wahlreform als dringendste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet worden ist. Eine Strafe darf deshalb nicht eintreten. Da die Angeklagten alles getan hat, um nicht verurteilt zu werden. Nun ist die Sache in die Hände des Reichsgerichtes übergegangen. Es ist gesagt worden, die Waldenburger Strafen sind „zu eng“ und deshalb konnte der Umzug nicht erlaubt werden, also im Interesse der Verkehr. Das Gesetz sagt aber, daß ein Umzug nur zu verbieten ist, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Verkehrsbehinderungen sollen niemals maßgebend sein. Die Polizei hat also den Umzug aus einem Grunde unterjagt, aus dem sie ihn nicht verbieten durfte. Gerade vom staatsbürgerlichen Gedanken aus ist zu sagen, hier steht ein schweres Unrecht der Polizei, die das Gesetz kennen muß, aber es falsch angewendet hat. Und diese Ungelehrtheit der Polizei steht am Anfange dieser Kundgebung! Dann weiter. Die Bevölkerung sammelt sich auf dem Markte und an anderer Stelle und geht nach dem Ringe. Was das ein Umzug? Man kann daran zweifeln, denn ein geordneter Zug war nicht da, sondern nur eine Menschenmenge, weiter nichts. Ebenso, wie es sonst bei anderen Gelegenheiten, beim Besuch hoher Personen und militärischen Aufzügen ist, war es auch hier, daß eine Anzahl von Menschen zusammenströmte, ohne daß ein Veranstalter oder Leiter da war. Vom Standpunkt der Verkehrspolizei ist so unzumutbar als möglich von der Polizei gehandelt worden. Früher waren schon Umzüge in Waldenburg ohne Erlaubnis des Verkehrs, ohne Strafe, weil die Polizei nicht dabei war. Wenn die Polizei den Zug hätte lassen lassen, würde der Verkehr nicht gefährdet worden, was durch das Eingreifen der Polizei geschah. Sie ist eingegriffen zum Schaden des Verkehrs. Und ich bin persönlich der Überzeugung, daß die Polizei aus ganz anderen Gründen gehandelt hat, wie das in Preußen üblich ist. Sie stand nicht über den Parteien, sondern sie sagte sich, hier handelt es sich um eine oppositionelle Sache und darum muß sie unter allen Umständen verhindert werden. Daß die Polizei aus politischen Gründen heraus gehandelt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Fleischler-Umzug zur selben Stunde erlaubt war! (Albert: Trotz der engen Straßen!) Ja, trotz der engen Straßen! Wenn ein Kriegsveteran, ein patriotischer Turnverein oder ein ähnlicher Verein der Veranstalter des Umzuges gewesen wäre, dann hätte es die Polizei nicht nur geduldet, daß viel Menschen da waren, sondern sie hätte es geradezu gewünscht. Und am anderen Tage hätte vielleicht im Kreisblatte gestanden, wie begeistert die Bevölkerung wegen ihrer politischen Rechte auf der Straße zeigt, dann geht man ganz anders vor.

Man stelle sich vor, wie die Menschenmenge ruhig ankam; sie war vollkommen still und erst gegen den Schluß erscholl der Beifall, sonst nichts. Wenn man die Leute hätte laufen lassen, wäre nichts vorgekommen. Unter der Menge waren Frauen und Kinder, so daß gar nicht an Gewalttätigkeiten gedacht werden konnte. Und diese ruhigen, im Marsch begriffenen Leute, sie sollten plötzlich auf Befehl zurückgehalten werden, damit sie nicht auf den Ring kämen. Die Zweckmäßigkeit dieses Vorgehens ist unbedingt zu verneinen. Wenn die Menschenmenge in Bewegung war, dann sollte man sie, die doch auch aus Staatsbürgern, nicht aus gebildeten Hundsn, bestand, weiter in Bewegung lassen. Statt dessen leitete man sie von dem kleinsten Gesichtspunkte, hier ist ein Straßenparagraß, die Menge aufzuhalten. Es kommen Aufforderungen zum Auseinandergehen, die auch Erfolg haben bei denen, die sie hören. Aber überall kann die Aufforderung nicht gehört werden, ein deutlicher Hinweis, daß man schon hier eine unzureichende Maßnahme getroffen hatte. Und wiederholt wurden die Aufforderungen beziehungsweise nicht! Die hinterkommenden haben also überhaupt nicht erfahren, was los war! Dann spricht man von hinten in die Menge hinein! Wenn man da nicht zu der Überzeugung kommt, daß es die Polizei darauf abgesehen hat, die Richter zu fühlen, dann bleibt nur übrig zu sagen, daß die Polizei ohne jede Disposition gehandelt hat, ohne der Sachlage gewachsen zu sein. Sitten wird geschrien und vorhin sind die Polizeibehörden! Da soll ein vernünftiger Mensch wissen, was er tun soll. Die enge Baderstraße soll frei gewesen sein; aber in demselben Augenblicke, wo die Menschen dort eingeteilt waren, war sie nicht frei. Diese Straße ist sehr eng und war teilweise von der Polizei besetzt. Es ist durch die Zeugen bestätigt worden, daß die Polizei alles getan hat, um die Bewegung der Massen zu verhindern. Wenn die Polizei nur einatmermaßen der Lage gewachsen wäre, hätte sie in erster Reihe das Sprengen einstellen müssen. Einige Menschen versuchten, durch die Polizeireihen durchzu-

schlüpfen. Aber jeder, der das versuchte, der wurde nach Möglichkeit gepackt und mit dem Säbel traktiert.

Der Staatsanwalt meint, die Leute bursten sich darüber nicht wundern. Nun, es waren doch auch preussische Staatsbürger, und es kommt hier die Massenpsychologie in Frage. Es stellen weitere Worte wie „Blutbunde“, die so gebrauchlich geworden sind, daß sie an Schärfe verloren haben, die aber die Erregung darüber ausdrücken, daß uniformierte Staatsbürger den Rechten des Volkes in den Weg traten. Die umschützigen Polizeibeamten und Gendarmen haben ja auch manch kräftiges Wortlein gesprochen. Da war sogar von „Schüssen“, „Salunten“ und „Kunzern“ die Rede. Das waren die „besonnenen, ruhigen Beamten!“ Und wenn die Menschenmenge einmal bestigle Worte gebrauchte, dann soll die Polizei berechtigt sein, alle Nachmittel gegen sie anzuwenden? Die Gendarmen werden herangerufen, nachdem die Polizei bedroht sein soll, und die Polizei fühlt sich bedroht, weil die Menge nicht zurückgeht. Aber, die da vorn stehen, werden doch von hinten geschoben. Ein ruhiges Vordringen hat bei sozialdemokratischen Menschenmassen noch stets genügt. Man hätte sich mit leuchtenden Personen der Sozialdemokratie in Verbindung setzen können. Aber wenn Waffengewalt kommt, wenn geht da nicht die Galle ins Blut? Man ist doch kein Hund, der, wenn er geprügelt wird, den Schwanz zwischen die Beine nimmt und davontrennt.

Das begreift die Polizei nicht! Sie denkt, die Menge muß stets nach ihrem Kommando abmarschieren. Hätte man die Straßen nicht abgesperrt und auch die Hydranten nicht angebracht, sondern für einen guten Abzug der Massen gesorgt, hätte man sich überlegt, wie schwer sich eine Menge bewegt, dann hätte man seine Begriffe über militärischen Gehorsam geändert und würde bessere Anweisungen gegeben haben. Man muß sich in die Lage der Menge hineinsetzen, und wenn man das nicht kann, müßte man es an sich selbst versuchen.

Die Polizei hätte sich also, wenn sie daran gedacht haben würde, daß es sich um Menschen und Staatsbürger handelt und kein Meuterei, sehr wohl helfen können. Der Vorsitzende hat wiederholt gefragt, was denn die Polizei machen sollte. Nun es kam darauf an, Ruhe zu halten, und nicht zu verlangen, daß in einer Meuterei die Massen nicht mehr da sein sollten. Die Polizei hat aber den Weg der Gewalt gewählt. Der Leiter in Preußen so üblich ist. Es ist gegen den inneren Feind eine Attacke geritten worden, es wurden Schelme ausgesetzt, als wenn es sich um ein feindliches Meer gehandelt hätte. Daß die Menge später noch einmal zusammenkam, lag daran, daß sie ja nur in Häusern, Höfen und Gärten gelagert worden war und sich gesammelt hatte. Es waren eben Menschen die man nicht nach Hause treiben kann. Es hat doch auch ein jeder das Recht, zu sehen, was die hohe Obrigkeit mit den Staatsbürgern macht. Auf der Seite der Menge war keine Gewalttätigkeit. Keinem Beamten ist auch nur ein Härchen gekrümmt worden; sie selbst gingen aber in der denkbar schroffsten Weise vor. Die Kritik der Artikel ist deshalb durchaus zurecht. Es ist vielleicht einiges nicht ganz genau erwiesen, was aber nach den Nachforschungs-Ergebnissen auch nicht nötig ist. Die Hauptsache ist danach, daß das Wesentliche bewiesen wird, und das ist hier geschehen.

Der Verteidiger geht dann noch besonders auf die Artikel ein und kommt auch auf das Verhalten einzelner Beamten zu sprechen. Da ist zum Beispiel der Gendarm Oberwachmeister Baudach, ein alter Säubeger und mit allen Vorzügen eines solchen, aber auch mit den weniger guten Seiten. Dann der Polizist Nr. 6 Wigenannt, der Typus eines Polizeibeamten, wie er nicht sein soll. Er hat sich verschiedene Rohheiten zu Schulden kommen lassen. Die Polizisten haben überhaupt ingrimmig gegen die Menge gehandelt. Auch die übrigen Beamten ließen sich viel zu schuldigen Tugenden; es sind sogar Kinder überritten worden. Durch die Zeugen wurde es klar bewiesen. Die Beamten, mühten auch auszuweisen, daß sie manche Dinge zuerst verweigert haben; ja, man kann überhaupt nicht behaupten, daß die Beamten alles ausgesagt haben. Sie zeigten von vorn herein, daß sie sich als Partei fühlen. Daß dann solche Zeugen ein Interesse daran haben, die Sache zu ihren Gunsten hinzustellen, das ist natürlich. Auch das Vorgehen der Waffensprenger war als erzielend zu bezeichnen.

Der Angeklagte hat alles getan, um nur das zu sagen, was er sagen durfte. Eine Beleidigung kann gar nicht in Frage kommen, da ja auch der Vorsitzende gesagt hat, die Beamten hätten recht gehandelt und könnten nicht bestraft werden. Rechnen wir an, es wäre ein Ring gelitten worden, aber einem Namen hätte man den Säbel gespalten. Wären die Herren Beamten dann auf die Anklagebank gekommen? Ich habe davon noch nichts gehört, daß das in andern Fällen geschehen ist. Der Herr Vorsitzende hat ja auch erklärt, daß selbst der Gendarm Baudach in Breslau straflos ausgehen würde, da er nur in Ausübung seines Amtes gehandelt hat. Der Angeklagte hat ein Recht auf den Satz des § 193 Strafgesetzbuch, weil die „Volkswacht“ auch das offizielle Parteiorgan für Waldenburg ist und er fast mit einer unerschütterlichen Verpflichtung solche Artikel aufnehmen mußte. Es handelt sich um die Zeit des Wahlkampfes, also eine außergewöhnliche Zeit, in der sie erschienen. Der Angeklagte hat, selbst wenn er gefehlt haben sollte, doch nur gefehlt im Hinblick auf eine große, gerechte Sache, die durch den Richterpruch nicht gefährdet wird, was er ausfallen, wie er will. Und auch die Stra-

fen tangiert, denn über die urteilt nicht Ihr Spruch, die ist bei ihm; am allerbesten aufgehoben. Je härter Ihr Spruch ausfällt, umso mehr wird er ein Mittel sein, weitere Verurteilungen zu verhindern, um künftig ähnliche Polizeitaten unmöglich zu machen.

Rechtsanwalt Simon

stimmt seinem Kollegen Dr. Liebknecht in allen Punkten bei und ergänzt seine Ausführungen in einigen Punkten. Insbesondere lobt er die Polizisten und ihre Taten noch einmal vor und würdigt ihre Heuenaussagen einer scharfen, aber gütigenden Kritik.

Das letzte Wort hatte der Angeklagte. Er sagte: Ich war im Herrn Staatsanwalt, der von Ihnen fordert, daß Sie mich acht Monate ins Gefängnis werfen, nicht einen politischen Feind erbilden. Aber ein solcher ist hier im Saale und in dem Blatte, das uns seit Jahren gefällig bekämpft, das mich bereits einmal ins Gefängnis werfen hat, in der „Breslauer Zeitung“. Ich richte er über die bisherigen Verhandlungen, daß doch auch sehr vieles von dem, was in meinen Artikeln stand, erwiesen sei. Wenn selbst dieses Blatt so über die Heuenaussagen urteilt, dann ist nicht recht verständlich, wie der Staatsanwalt von Ihnen ein solches Urteil bezwecken? Was glauben Sie denn, daß geschieht, wenn Sie mich nach dem Auftrag des Staatsanwalts auf 8 Monate ins Gefängnis stecken? Bilden Sie sich etwa ein, damit die Polizei zu rechtfertigen? Glauben Sie, alle die Taten der Polizisten, die wir hier von den Zivilzungen gehört, das Überreiten der Kinder das Blutvergießen, an Wehrlosen, die Unerschlichkeit beim Verbot des Umzuges, das unflüchtige Bespringen mit Wasser aus der Welt zu schaffen, wenn Sie mich ins Gefängnis werfen? Im Gegenteil! Und wenn Sie auf nur 1 Tag Gefängnis erkennen, so wird das der Polizei nicht das geringste nützen, wohl aber würde ein Bluturteil, wie es der Staatsanwalt von Ihnen fordert, sozialdemokratischen Waldenburger Proletariat aufweckern und zu Sozialdemokraten machen, wie notwendig sind, um künftig die Polizei in Schach zu halten! Was der Staatsanwalt über die Demonstrationen gesagt, ist vollkommen auf den Kopf gestellt: Ruesch haben die Polizisten gehauen und dann erst sind die Bluturteile gekommen! Die früheren Demonstrationen in demselben Waldenburger Revier sind alle friedlich verlaufen, weil die Polizei nicht dabei war, weil sie überreitet wurde. Auch doch sogar die „Breslauer Zeitung“ ausgehen, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Massen bei öffentlichen Kundgebungen seit 15 Jahren geradezu musterhaft ist. (Der Angeklagte zitiert aus dem Artikel einen Abschnitt.) Solche Massen also waren es, die man in Waldenburg ohne jeden Grund mit Säbeln und Wasserfächeln traktiert hat. Der Herr Vorsitzende hat gestern wiederholt erklärt: „Der Albert kennt uns.“ Gewiß! Bisher sind auch in den Demonstrationenproben in Breslau keine solchen Bluturteile gefällt worden, wie eines heute der Staatsanwalt beantragt. Ich nehme deshalb an, daß es auch heute nicht geschieht. Aber wenn es geschieht, dann können Sie sich verlassen, werden nicht Sie und Ihre Polizei, sondern wir Sozialdemokraten den Nutzen davon haben. Ich bitte also, die Heuenaussagen so zu würdigen, wie sie gewürdigt werden muß und so zu urteilen, wie es das Ergebnis dieser Heuenaussagen erfordert.

Der Staatsanwalt erwidert unter anderem noch, daß die Polizei ja durch die Menge völlig überreitet worden sei! Genosse Liebknecht antwortete: Wie kann man nur so etwas sagen? Haben uns doch selbst die Polizisten gesagt, daß sie schon Abends vorher alarmiert worden sind! Und dann waren doch die 20 Gendarmen 7 Stunden lang vorher in der Brauerei einquartiert, um auf die Demonstration zu warten! Man hat doch Patrouillen ausgesandt, um fortwährend nachher zu sein. Wie kann man da behaupten, die Polizei sei überreitet worden? (Albert: Wenn wir derartige falsche Behauptungen aufstellen würden, -- wir würden wer weiß wie bestraft werden, wegen falscher Verleumdung.)

Nach mehr als einstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende das Urteil.

Das, wie schon bemerkt, auf sechs Monate Gefängnis lautet. Zur Begründung führt er u. a. folgendes aus: Die Drohungen des Verteidigers Liebknecht und des Angeklagten, daß eine hohe Strafe der Sozialdemokratie nur Vorteil bringen werde, haben den Gerichtshof nicht abgehalten, lediglich nach Recht und Gerechtigkeit zu urteilen. Wie sich also in einer Beurteilung des Angeklagten geformt. (Große Bewegung im Publikuum.) Es war zu prüfen, ob eine Beleidigung der Beamten vorliegt. Der Gerichtshof hat das angenommen. Ein Teil der Behauptungen in den beiden Artikeln ist mehr oder weniger erwiesen, aber andere Tatsachen nicht, die in Verbindung mit der Form beleidigend sind. Wenn der eine Artikel damit beginnt: „Blut, Blut wehrloser, friedlicher Menschen ist vergossen worden“, so ist das nicht wahr. Es waren keine friedlichen Menschen; sie schrien sich gegen das Gesetz aus. Es handelte sich um einen Umzug. Wir hatten es nicht zu prüfen, ob er aus zurechtfindenden Gründen unterlag, sondern ob er nicht. Nachdem er verboten war, durfte sich niemand über das gesetzliche Verbot hinwegsetzen. Das war eine Handlung gegen das Gesetz. Behauptete was nicht erhoben worden. Das Verbot meinte also verstoßen werden, und die Beamten hatten die Pflicht, den Umzug zu verhindern. Die Polizisten haben sich auch nicht brunnungslos benommen, und wenn sie nach den Hoch- und Wundrufen blank saßen, so war das nicht unrichtig. Daß die Gendarmen absichtlich in die Menge ließen, davon kann keine Rede sein; von einer Polizeiaktion kann nicht gesprochen werden. Daß der Besonnenheit und Rücksicht der Beamten ist nicht mehr zu sehen, als die Taten der Rede werten Verleumdungen. Besonnenheit ist blindlings und während in die Menge geschlagen worden. Schläge wurden wohl ausgeführt, aber immer wieder dadurch, weil sie. Ob der Angeklagte berechnete Interessen wahrgenommen hat, als er die Artikel veröffentlichte, könnte wohl dahingestellt sein. Als Redakteur kann er nicht ohne weiteres den Satz des § 193 Str.-G.-B. veranlassen. Im vorliegenden Falle liegt es aber anders. Der Angeklagte hatte den Auftrag, die Waldenburger Revier in rechem Maße aufzunehmen; es ist ihm auch zu glauben, daß er sie gemildert und umschaltet und daß er sich vorher erkundigt hat. Er konnte deshalb der Meinung sein, in Waldenburg eine berechtigter Interessen zu handeln. Auch diesen Gründen haben wir ihm den Satz des § 193 zugestimmt. Bei der Strafverurteilung ging der Gerichtshof auch davon aus, daß die in Rede stehende Handlung vorliegt. Wenn der Gerichtshof die Beleidigung und der 15 Vorstrafen des Angeklagten konnte trotz der Berechnung berechtigter Interessen von einer Freiheitsstrafe nicht abgesehen werden; sie ist auf 6 Monate bemessen worden.

Eines muß noch angefügt werden: Derselbe Richter hat auch den Genosse Albert im vorliegenden Prozesse wegen Verleumdung verurteilt, und kein Mensch hat sich nur deshalb nicht wieder absetzen wollen, weil sonst die Stra-

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land) - Neumarkt.

Land-Distrikt 5 (Wegel Kleinburg). Dienstag, den 6. September 1910, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung...

Schneiderei, Gewerbevereinsmitglieder. Dienstag, den 6. September, Abends 8 Uhr: Sitzung in den 8 Tauben...

Sozialdemokratischer Verein Saarau-Abnigsdorf. Mittwoch, den 7. September, Abends 8 Uhr: Versammlung im Saal der Frau Ida Damm...

Deutscher Textilarbeiter-Verband. Mittwoch, den 7. September, Abends 7 Uhr: Öffentliche Textilarbeiter-Versammlung...

Wahlverein. Donnerstag, den 8. September: Mitglieder-Versammlung in Stadt Punglau.

Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 7. September, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der 'Sonne'...

Wahlverein. Dienstag, den 6. September, Abends 8 Uhr im Garten des Gewerkschaftsgebäudes...

Wahlverein. Sonnabend, den 10. September, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung...

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Arbeiter-Konfektion, Neumann, H. Reptin, 1. Pils, Kriftel. Hakenkreuz und Konditorien, Hübner, Karl, Albinstr. 57.

Freiburg. Hakenkreuz und Konditorien, Gabelstein, Bruno (Konsumvertriebs-Ges.). Bier-Brauereien, Verein der Freiburger Brauerien.

Jauer. Sollen, Parfümerien, Krummer, Rudolf, Goldbergerstr. 28. Herren- und Damenkonfektion, Huber, O., Goldbergerstr. 35.

Ohlau. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard., Gmoch, J., Pils, Ring 7. Lederhdlg., Schuhm.-u. Sattl.-Bed.-Art., Schmidt, Paul, Ringstr. 10.

Horren-Garderober. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard., Demper, A., Pils, Ring 18. Silbermann, M., Pils, Ring 18.

Kolonial- und Gemischtwaren, Bergmann, Ernst, Chausseestrasse 27. Meier, Gertr. 180, Small, Kleinwaren, Gmel, H. W., Emaille, Manufakturwaren.

Bunzlau. Fahrräder, Fritz, Paul, Edelstr. 42. Herren-Artikel, Reitz, Rich., Markt 12. Herren- u. Knaben-Garderober, Breiter, Joh., Markt 12.

Goldberg. Bier-Brauereien, Neumann, Oswald, Dampfbräuer. Werkzeuge, Eisenwaren, Plabner, Victor, Haus u. Küchengeräte.

Striegau. Eisenwaren, Küchengeräte, Scholz, Oskar, Güntherstr. 14. Fahrräder, Nähmaschinen, Wöhler, Paul, Bahnhofsstr. 37.

Waldenburger Industrieviertel. Abzahlungs-Geschäfte, Gröner, C., Friedländerstr. 18. Alkoholfreie Getränke, Wietz, Hermann, Eintrachtstr. 20.

Altwasser. Hakenkreuz und Konditorien, Wiesner, Oskar, III. Bez. 24b. Drogen und Farben, Ringel, Alfred, (Schmiedestraße) I. Bez. 12a.

Kolonie Sandberg. Hakenkreuz und Konditorien, Rieger, Paul, Sandberg. Schuhwaren u. Schuhmacher, Storz, W., Sandberg 48.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Kopenhagen, 8. September.

A. Plenarsitzung.

Den Vorsitz führt Jevpesev - Dänemark.

Auf der Tagesordnung steht die Frage der Betätigung der internationalen Solidarität.

In der vor der Kommission einstimmig angenommenen Resolution der schwedischen Arbeiterpartei heißt es:

In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind, fordert der Internationale Sozialistische Arbeiterkongress von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solcher Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterklasse des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchbrechen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen...

Der Kongress stellt der gewerkschaftlichen Internationale anheim, die angemessigsten Formen der internationalen Arbeitersolidarität näher zu untersuchen und festzusetzen. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongress das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus; die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die in ihrer Tendenz und wirksamen internationalen Einwirkung hinreichend hinlänglich die Verwirklichung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf im Ausbruch steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte unmittelbar zu verwenden, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterklasse überall wachzurufen, und um den allzu oft direkt erzeugten „Neugierde“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Journalismus freizumachen.

Der Berichterstatter Engler-Schweiz führte aus: Beim schwedischen Generalkongress hat es an materieller Unterstützung und Sympathieausdrücken nicht gefehlt. Aber die Arbeiter mehrerer Länder haben nicht ihre Pflicht in vollem Umfange getan. Während die nordischen Länder, Dänemark, Finnland und vor allem auch Deutschland geradezu übermenschliche Anstrengungen gemacht haben, ließ die Unterstützung aus Frankreich, Belgien und Großbritannien sehr zu wünschen übrig.

Es sind gewiss Entschuldigungsbefehle vorzubringen worden, so haben die belgischen Genossen auf die schwere Krise und die französischen Kameraden auf die geringe materielle Leistungsfähigkeit ihrer nach syndikalistischem Prinzip organisierten Gewerkschaften hingewiesen. Es ist auch den Engländern zuzugeben, daß ihre Statuten die rasche Hilfeleistung sehr erschweren. Aber in einer so bedeutenden Krise

müssen Mittel und Wege

zur Überwindung der Schwierigkeiten gefunden werden. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Resolution soll den anwesenden englischen Delegierten ganz gewiss keine Rüge erteilen, sie soll sie nur auffordern, ihren heimischen Arbeitern vorzuleiden, daß der Internationale Kongress die laute Hilfeleistung an die schwer lidgehenden schwedischen Brüder nicht verfehlen kann.

Die Haltung der Engländer ist nun so unverständlich, als A. B. beim großen Streik der englischen Maschinenbauer ganz Europa sich angestrengt hat, ihnen zu helfen. Die Engländer müssen die Pflicht der internationalen Solidarität den anderen Nationen gegenüber in gleichem Maße erfüllen. Näher und näher kommt der Moment, wo wir die Arbeiterklasse vielleicht noch andere Forderungen stellen müssen als bloße Geldforderungen.

Wir können hier nur allgemeine Richtlinien aufstellen und uns nicht in Details einlassen, wie der belgische Antrag verlangt. Solche Details müssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz überlassen werden. Wir haben mit einer kleinen Änderung die Resolution der schwedischen Arbeiterpartei einstimmig genehmigt. Das große Vereinstreben kann nur gelöst werden, wenn die internationale Solidarität aufgehört hat bloß Theorie zu sein und auch die britischen Arbeiter die Pflicht der internationalen Solidarität voll erfüllen. (Lebh. Beifall.) Die belgische Resolution in Sachen der politischen Forderungen beantragen wir zur weiteren Klärung an das internationale Bureau zurückzuverweisen. (Beifall.)

Andererseits, Vorsitzender der J. I. W.: Die englischen Delegierten unterstützen völlig einmütig auf das wärmste die Resolution, die nur den Fehler hat, etwas unbestimmt zu sein, was sich jedoch schwer vermeiden ließ. Ich muß leider zugeben, daß die Unterstützung der schwedischen Genossen durch die Engländer sich nicht ganz auf der Höhe befand. Doch stehen uns Milderungsgründe zur Seite. Die englischen Gewerkschaften stammen aus vorsozialistischer Zeit und so ist in ihnen noch eine gewisse Abneigung gegen internationale Hilfsaktionen vorhanden, die erst allmählich unter dem wachsenden Einfluß des Sozialismus zu weichen beginnt.

Ferner fehlt eine wichtige sozialistische Tagespresse in England, so daß die Trades Unions nicht imstande sind, ihre Mitglieder rechtzeitig zu informieren. Ferner erschweren die Statuten durch Vorbehalt der Urabstimmung sehr schnelle Hilfeleistung. Die Gewerkschaftskommission wird aber jetzt auf geeignete Statutenänderungen bedacht sein, nur einerseits unbillige Ausgaben zu vermeiden, andererseits die raschere und bessere Erfüllung internationaler Solidaritätspflicht zu ermöglichen. Der leider bereits abgereifte Vertreter der englischen Maschinenbauer hat mich gebeten, dem Kongress mitzuteilen, daß er bereits in diesem Sinne an seine Organisation geschrieben und ihr Vorschläge in dieser Richtung unterbreitet hat. In vielen englischen Vereinen zentralisiert sich die englische Gewerkschaftsbewegung und sucht internationalen Anschluss. So der bei den Metall-, Textil- und Bergarbeitern. Mit dem Ausbau der internationalen Berufsverbände wird dann die Verpflichtung zur festen Beitragsleistung an die Stelle des allgemeinen Solidaritätsappells treten. Wir werden künftig unsere Pflicht auf dem Gebiete der internationalen Solidarität voll erfüllen. (Lebh. Beifall.)

Sohn-Berlin: Die gesamte deutsche Delegation hat die mangelhafte Betätigung der Solidarität seitens der Engländer verurteilt. Andererseits hat nicht schlecht gesprochen, aber ich möchte erfahren, ob er seine Erklärung im Auftrag der englischen Gewerkschaften abgegeben hat. Mit einigen Erfahrungen hören wir, daß der Sozialismus sich jetzt erst in England durchsetzt. Die englischen Gewerkschaften nehmen daher schon seit langem an internationalen Kongressen teil. Sie sollten daher endlich einmal mit der notwendigen Reform Tatkraft machen. (Zustimmung.) Die englischen Gewerkschaften sind so frühzeitig unterrichtet worden, daß eine rechtzeitige Übernahme der Urabstimmung sehr wohl möglich gewesen wäre. Es scheint aber hier und da an dem guten Willen zu fehlen. Die Deutsche Delegation fordert, daß die Resolution die Verpflichtung der englischen Genossen

gerade in den Vordergrund gestellt hätte. Mit der Krise kann die englische Partei nicht entschuldigend werden, die Arbeiterlosigkeit war in Deutschland prozentual mindestens doppelt so hoch. Wir verlangen mehr, als eine verbindliche Erklärung eines englischen Delegierten, damit wir wissen, daß endlich die englischen Verhältnisse sich in dieser Beziehung gebessert haben. (Lebh. Beifall.)

Die Resolution wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der vierten Kommission (Sozialpolitik). Ueber die Ergebnisse der Arbeitererschutzgesetzgebung

Bericht Mollenhuth-Deutschland: Man kann den Gedanken der Arbeiterschutzgesetzgebung den Vater der neuen Internationale nennen, denn die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung wurde 1889 in Paris beschlossen. Seitdem haben sich die Gelegenheiten in manchen Ländern noch sehr vermehrt. Wir haben also allen Grund, erneut und nachdrücklich unsere Forderungen zu erheben. Eine Reihe bürgerlicher Sozialpolitiker haben ebenfalls Arbeiterschutzforderungen erhoben. Aber der Hauptfehler dieser bürgerlichen Sozialreformer ist, daß sie die Arbeiterschutzpflicht des Kapitalismus als Faktor einstellen. Mit dieser Arbeiterschutzpflicht ist es aber nicht weit her, ganz im Gegenteil wird im steigendem Maße die Ausbeutung der Arbeiter international organisiert. Obenan steht uns der hygienische Gesichtspunkt. Wir verlangen den Achtstundentag, Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsruhe. Wir verlangen die Sicherstellung der Koalitionsfreiheit, namentlich auch gegenüber den zweifelhafte Wohlthaten des Kapitalismus. Sehr im Gegensatz zu den meisten bürgerlichen Sozialpolitikern verlangen wir, daß die Arbeiterschutzbestimmungen nicht auf die Fabrikarbeiter beschränkt werden, sondern daß Landarbeiter und Handwerker, wie es dringend notwendig ist, einbezogen werden. Die Einwände der Kapitalisten, daß die Industrie an der Einführung dieser Forderung zugrunde geht, sind längst widerlegt worden. Die Einwände wurden in England erhoben und in Deutschland wiederholt, aber in Deutschland wie in England wurden sie durch die Erfahrung widerlegt. Sehen wir uns einmal an, welche

gewaltigen Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen.

In einem Jahre fielen in Deutschland 7000 Tote und 51.800 Verwundete. (Lebh. Beifall.) Die Frage aufwerfen: Sollen die Witwen und Waisen und Krüppel ohne Hilfe bleiben? heißt die Frage beantworten. Gewiß sind in Deutschland in zwanzig Jahren vier Milliarden für die Arbeiterversicherung aufgewandt worden. Aber die deutsche Industrie ist an diesen vier Milliarden nicht zugrunde gegangen. Ganz im Gegenteil, kein Land hat in solchem Zeitraum einen so gewaltigen Aufschwung erlebt. Die Kapitalisten bezahlen die Kosten auch keineswegs aus ihrer Tasche, sondern stellen sie den Käufern in Rechnung. Sie nehmen jährlich für die Arbeiterversicherung 420 Millionen Mark ein und geben 375 Millionen dafür aus. Sie können sehr wohl die Kosten eines weiteren Ausbaus der Arbeiterversicherung tragen.

Besonders dringend notwendig ist der Schutz der Schwangeren und Säuglinge. Betreibt doch die Industrie einen Kindesmord, gegen den der bürgerliche Arbeiterschutz eine Spielerei ist. Schließlich hat auch der Kapitalist einen Vorteil von der Arbeiterschutzgesetzgebung, denn wo die Kapitalisten die gesündesten und kräftigsten Arbeiter zur Verfügung haben, werden sie im Konkurrenzkampf liegen. (Lebh. Beifall.) Seit Einführung der Krankenversicherung ist in Deutschland die Todesziffer von 28 auf 20 pro Tausend zurückgegangen. Das ist, aberwünschte Proletariat vermag alle diese Fortschritte durchzusetzen. Aber die Teilhaberschaft ist unter schillernder Segner. Darum müssen wir die Werbe- und Alarmanneinrichtungen. Wenn die Arbeiter sich vereinigen, dann wird verwirklicht werden, was heute als Phantasterei erscheint. (Stimm. Beifall.)

Sohn-Berlin teilt die bereits im Bericht über das internationale Bureau gegebene Zusatzresolution über das Schwitzsystem der Engländer mit und spricht den Wunsch aus, daß die Frage auf dem nächsten Kongress behandelt werden würde.

Die Resolution über die Arbeiterversicherung wird mit allen gegen die Stimmen der Engländer angenommen. Sie fordert unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Pariser Kongresses eine höchstens achtstündige Arbeitszeit, Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter vierzehn Jahren, Verbot der Nachtarbeit außer aus zwingenden Gründen der Technik und der öffentlichen Wohlfahrt, Verbot des Trudhahns, Sicherung des Koalitionsrechts, wirksame Gewerks- und Landwirtschaftsinspektion unter Mitwirkung von Vertrauensmännern der Arbeiter. Die Resolution konstatiert die geringen politischen Leistungen der herrschenden Klasse auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung, erneuert schließlich die Forderung des Antwerpener Kongresses auf weiteren Ausbau und Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und verpflichtet alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu tatkräftiger Propaganda für genügenden Arbeiterschutz in Industrie, Handel, Landwirtschaft und in allen anderen Arbeitszweigen.

Es folgt die Resolution über das Asylrecht.

welche lautet: „In verschiedenen Staaten haben sich in der letzten Zeit die Fälle der Verletzung des Asylrechts für politische Flüchtlinge unter nichtigen Vorwänden gehäuft. Besonders macht sich hier der unheilvolle Einfluß Englands geltend. So soll jetzt der Bitte Bezogel von den Vereinigten Staaten an Klaffen ausgeliefert werden. Aber auch England verleugnet seine alten Traditionen, wie im Falle des indischen Revolutionärs Savarka. Der Kongress protestiert auf das energischste gegen diese verwerflichen Verletzungen des Asylrechts und fordert das internationale Proletariat zur energischen Stellungnahme dagegen auf.“

Die Resolution wird begründet von Reir Gardie-England: Savarka ist bekanntlich ein französischer Boden von französischer Herkunft und verhaftet und den belgischen Autoritäten ausgeliefert worden. Genosse Jaurès hat darüber in vorrefflicher Weise in der französischen Deputiertenkammer interpelliert. Wir englischen Sozialisten und Arbeiter werden allen Versuchen entgegenzutreten, das Asylrecht unseres Landes anzutasten, das einmüßig Garibaldi, Mazzini, Kossuth und Karl Marx eine Zuflucht gewährt hat. Wird Savarka vor ein indisches Gericht gestellt, so ist nicht einmal die Dringlichkeit des Befahrens gewährleistet, denn Indien steht unter einem Ausnahmezustand. Die englische Sektion ist nicht mit allen Worten und Taten der indischen Revolutionäre einverstanden. Aber sie ist Gegnerin aller Unterdrückungsmaßregeln gegen die Indier. Darum muß die ganze Internationale hier fordern, daß Savarka wieder an Frankreich ausgeliefert werde. (Lebhafte Beifall.)

Wie der Änderung, daß vom „Flüchtling“ statt vom „Revolutionär“ Savarka gesprochen wird, gelangt die Resolution zur einstimmigen Annahme.

Pablo Iglesias begründet, mit stürmischem Beifall beglückt, in spanischer Sprache die Marokkoresolution, welche die sozialistischen Parteien aller Länder und besonders der Frankreichs und Spaniens auffordert, sich dem Marokkadentner aus allen Kräften zu widersetzen. Der Redner weist auf die Blut- und Gutopfer hin, die die unglückliche Marokkopolitik besonders dem Volke Spaniens auferlege. Die liberale Regierung Spaniens bereite trotz ihres Zueignens einer neuen Marokkofeldzug vor, gegen den die spanische Arbeiterklasse protestieren wird, wie sie gegen den ersten Feldzug protestiert hat. Die Resolution wird unter großem Jubel einstimmig angenommen.

Die Debatte über den schiffs- und flüchtigen Gewerkschaftskongress ging gestern in später Nachtstunden zu Ende. Im Namen der Kommission empfiehlt der Russe Plechanoff die Resolution der Nichtkommision der Gewerkschaften Dezentral für eine einmü-

liche Gewerkschaftsbewegung in einem 8. 10. Nachdem die Resolution von Plechanoff angenommen worden war, wurde die Resolution mit 2:2 gegen 6 (Schiffs) Stimmen bei 7 (Gewerkschaften) Stimmen angenommen.

10. Mittags-Sitzung.

Duchmanns verliest eine Reihe weiterer Begrüßungs-Telegramme, darunter eines von den persischen Studenten in Genf.

Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung die Genossenschaftsfrage.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

In Erwägung der Bedeutung der Konsumvereine für wirtschaftliche Stärkung der Arbeiterklasse und für Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft, erachtet der Kongress die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, für eine wichtige Waffe im Klassenkampf, und fordert daher alle Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Teilnahme an der Konsumvereinsbewegung und zum Wirken in sozialistischen Kreise in den Konsumvereinen auf. Der Kongress macht es den Parteigenossen zur Pflicht, auf möglichst Verwendung der Ueberschüsse zu genossenschaftlicher Produktion und zur Erziehung, Bildung und Unterstützung ihrer Mitglieder zu verwenden. Ferner haben die Parteigenossen in den Konsumvereinen für vorläufige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Vereinstenangehörigen im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu sorgen und darauf zu achten, daß beim Warenbezug gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse genommen wird, unter der die Waren hergestellt werden. Die Frage der Unterstützung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung aus Genossenschaftsmitteln ist der genossenschaftlichen Organisation jedes Landes zu überlassen. Der Kongress fordert die Genossenschaften jedes Landes auf, einen einheitlichen Verband zu bilden, und rät, daß im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen immer inniger werden müssen, ohne daß dadurch die Selbständigkeit ange-tastet wird.“

Verichterstatter Dr. Karpfich: Die Kommission hat nicht nur die Beziehungen zwischen Konsumvereinen und politischen Organisationen untersucht, sondern auch die Bedeutung der Konsumvereine für den politischen Kampf überhaupt geprüft. Besonders Wert legt die Kommission darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Vertiefung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter dem Kapital unterworfen, als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit, von der er Gebrauch machen soll. Der Arbeiter soll mit der Verwendung seines Lohnes nicht die Zahl der Kapitalisten vermehren, sondern den Kapitalismus zu schwächen suchen. Es ist illusorisch, von der Konsumgenossenschaft allein das Heil zu erwarten, aber auch illusorisch, die Konsumvereine für entscheidend zu halten. (Beifall.) Die Konsumvereinsbewegung ist eine

wirksame Waffe im Befreiungskampfe der Arbeiter.

und so haben alle Genossen die Pflicht, sich daran zu beteiligen. Die Kommission schlägt keinen bindenden Beschluß vor, aber sie legt Wert auf die nachdrückliche Erklärung, daß die Konsumvereine aller Gewerkschaften und Parteigenossen gegenüber dem Konsumverein wünschenswert ist. Die Arbeit der Sozialisten in den Konsumvereinen muß darauf gerichtet sein, die dem Sozialismus zuwiderlaufenden Tendenzen in den Konsumvereinen zu unterdrücken. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen, als bloße Warenverteilungsstellen und müssen die Konsumvereine anhalten, zur Selbstproduktion überzugehen und eine höhere Form der Produktion anzustreben. Schwierig war die Frage der Stellung der Konsumvereine zu Partei und Gewerkschaft. Nicht wenige Mitglieder wünschten ein organisches Band zwischen Partei und Konsumverein. Von anderer Seite wurde volle Selbständigkeit der Genossenschaft gefordert. Wir haben uns schließlich auf die Ihnen vorliegende Formulierung geeinigt.

Wir kritisieren weder das belgische noch das deutsche System und wir sprechen unseren Dank den belgischen Sozialisten aus, die die Welt bereichert haben durch eine neue Formel, sondern um eine Tat des täglichen Anschauungsunterrichts. Die Hamburger Produktion ihrerseits fördert indirekt den Kampf des Proletariats und erreicht auf demselben Wege das gleiche wie die belgische Methode. Wir können kein System allgemein empfehlen, sondern nur aussprechen, daß jede Genossenschaft jedes Landes, in der der sozialistische Geist herrscht, in der Internationale willkommen ist. Wenn alle sozialdemokratischen Arbeiter in Partei, Gewerkschaft und Konsumverein organisiert sind, wird sich die organische Verbindung zwischen Genossenschaft, Gewerkschaft und Partei von selbst herstellen. Unter Beschluß soll den Konsumvereinen die so lange verwehrtete Anerkennung des internationalen Sozialismus gewährt. (Lebhafte Beifall.)

Jevpesev-England (S. D. P.): Die englischen Genossenschaftler sind noch entfernt von dem Geiste der internationalen Solidarität, wie die englischen Gewerkschaftler. Gegen einige Sätze der Resolution müssen wir daher stimmen, wenn wir auch mit dem allgemeinen Sinn der Resolution einverstanden sind. Die Genossenschafts-Resolution, wie die heute Morgen angenommene Arbeiterschutzresolution sind gar zu sehr von der angeblich „staatsmännischen“ Appropinquation beherrscht. Wir stehen hier aus großen Annonen mit Augen statt mit Zungen. (Gehäufte und Zustimmung bei der englischen S. D. P.) Für solche Kompromisse hätten wir nicht die Sozialisten aller Länder nach Kopenhagen bemühen brauchen. (Beifall v. S. D. P.)

Widant-Holland feiert unter lebhaftem Beifall der Belgier, Holländer und Nordländer die glänzenden Erfolge der belgischen Genossenschaftsform. Besser eine kleine Genossenschaft aus Sozialisten, als eine große nicht sozialistische Genossenschaft.

Wir wollen die statutarische Verpflichtung der Genossenschaft zur Ablieferung eines Teiles des Gewinnes an die politische Organisation. (Beifall bei den Belgiern, Holländern und Nordfranzosen.)

Jevpesev-Argentinien möchte einige Sätze in der Resolution geändert wissen.

von Ein-Deutschland: Es ist nicht wahr, daß die englischen Genossenschaften vollkommen unsocialistisch sind. Sie haben wiederholt den Kampf der Arbeiterklasse im freibürgerlichen Sinne gefördert. Ich halte es für überflüssig, hier im Plenum über die Vergleiche des heutigen und des englischen Systems zu streiten. Wir wollen uns nicht theoretisch und praktisch von den Worten der Partei, die wir allen voranstellen, in Abhängigkeit von Gewerkschaften und Genossenschaften geben. Der Genosse Widant will eine kleine nur aus Sozialisten bestehende Genossenschaft. Wir im Gegenteil wissen, daß Genossenschaften nur dann etwas für die Sozialisten leisten, wenn sie groß sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verpötern niemanden den Weg zur Genossenschaft. Wir Sozialdemokraten werden schon dafür sorgen, daß die Genossenschaft sich im sozialistischen Sinn entwickelt. (Lebhafte Beifall.)

Jevpesev-Dänemark: Wir sind einmütig für die Resolution der Kommission. Uns Dänen ist die Verwirklichung der Resolution besonders recht. Wir Standinavier sind gewiß Opfer-

